

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 02.03.2005 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal
des Rathauses
- Fortsetzung der Stadtratssitzung vom 01.03.2005 -

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Baier

Stadträtin Dr. Endres-Paul

Stadtrat Heisel

Stadträtin Heisel (ab 17.05 Uhr)

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene (ab 17.40 Uhr, Ziffer 1, Buchst. B, d)

Stadtrat Jeschke (ab 19.05 Uhr, Ziffer 2, Buchst. B)

Stadtrat Mahlmeister

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm

Stadtrat Lux

Stadträtin Schwab

Stadtrat Weiglein

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Lorenz (ab 17.08 Uhr, Ziffer 1, Buchst. A, b)

Stadtrat May (ab 17.10 Uhr, Ziffer 1, Buchst. A, b)

Stadtrat Müller

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt

FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer

Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner

Amtsrat Teichmann

Dipl.-Ing. Lepelmann

Dipl.-Ing. Rützel

Amtsärztin Erdel

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellter Müller

Entschuldigt fehlten:

2. Bürgermeisterin Gold

Stadtrat Dr. Kröckel

Stadtrat Schardt

Stadträtin Stocker

Stadtrat Straßberger

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Ley
Stadtrat Haag

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

1. Beratung des Investitionsprogramms 2005 mit Finanzplanung 2004 – 2008

A. Einzelplan 7

a) Hst. 7911.9590 – Konversionsgutachten Truppenabzug

Auf Antrag der FBW-Stadtratsfraktion sollen zur Kostenreduzierung bereits vorliegende Gutachten sowie Gutachten anderer Städte ebenso einbezogen werden.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass in dieser Richtung bereits verfahren wird und erklärt, dass die 100.000,00 € von 2005 bis 2008 (pro Jahr 25.000,00 €) zur Sicherheit und auf Rat der Regierung von Unterfranken eingestellt worden sind.

Es besteht Einverständnis damit, die Ansätze bei o. g. Haushaltsstelle beizubehalten.

b) Hst. 7911.9870 – Pauschale für Investitionsmaßnahmen aus Handlungskonzept Stadtmarketingverein; Einführung eines „Schaufenster-Programms“

Die CSU beantragt zur Verbesserung der Situation in innerstädtischen Einzelhandel ein „Schaufenster-Programm“ laut dem ein Zuschuss von ca. 10 bis 20 % auf die zuschussfähigen Kosten gewährt werden soll. Die CSU möchte die Bekanntgabe über diese Fördermöglichkeit im Jahr 2005 und den Beginn der Förderung im Jahr 2006 bis 2008. Die Bereitstellung der Mittel soll aus der Hst. 8171.3300 (Abfindung für Verzicht auf Erwerb der Thüga-Anteile) erfolgen.

Von der Stellungnahme der Verwaltung wird zunächst Kenntnis genommen, wozu von Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer der Hinweis ergeht, dass - entgegen der Aussage in der Stellungnahme - im Rahmen des komm. Förderprogramms bisher keine Schaufenster gefördert wurden.

Dipl. – Ing. Lepelmann meint, dass es nicht sinnvoll ist, die Schaufenster selbst zu fördern, da diese im Allgemeinen in einem guten Zustand sind. Er denkt, dass lediglich der Inhalt der Schaufenster unattraktiv sei.

Stadtrat Müller findet es nicht für sinnvoll die Schaufenster zu fördern, da diese wie bereits von Herrn Lepelmann aufgeführt, in einem guten Zustand sind. Zudem findet er, dass die wirtschaftliche Situation vieler Einzelhändler keine Antragsflut erwarten lässt, da 75 % der Sanierung mit eigenen Mitteln aufgebracht werden muss.

Stadtrat Müller schlägt vor, einen Schaufensterwettbewerb unter den Einzelhändlern durchführen zu lassen, um die Attraktivität in den Schaufenstern zu steigern.

Es entsteht eine Diskussion zum Schaufensterwettbewerb und über die Aufnahme der Schaufenster in das Kommunale Förderungsprogramm, wobei die Großzahl der Stadträte dies für nicht sinnvoll hält. Der Vorschlag von Stadtrat Müller (Schaufensterwettbewerb) wird jedoch wohlwollend aufgenommen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß schlägt vor, in der Gestaltungssatzung den Punkt der Schaufenster als zuwendungsfähig aus Mitteln der Fassadensanierung aufzunehmen. Er hält es für sinnvoll, parallel dazu in Absprache mit dem Stadtmarketingverein einen Schaufensterwettbewerb durchzuführen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass es nicht nötig ist, die Mittel laut Antrag einzustellen, da bei der Hst. 6151.9880 ein Ansatz von jährlich 25.000,00 € enthalten ist. Bei der Hst. 6151.9882 besteht außerdem ein Ausgabereist von rd. 2300.000,00 € (neben einem laufenden Ansatz von jährlich 75.000,00 €), der zur Deckung genommen werden kann. Außerdem besteht bei Hst. 7911.9870 ein Haushaltsausgabereist von rd. 40.000,00 €. Er hält es für sinnvoll, die eingehenden Anträge abzuwarten und bei Bedarf im Zuge der Haushaltsberatungen 2006 Mittel einzustellen.

Auf die Frage von Stadtrat Müller bezüglich Zuschussfähigkeit der Schaufenster durch die Regierung von Unterfranken sagt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer eine Prüfung zu.

Mit 20 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, in Zukunft die Schaufenster in das Kommunale Förderprogramm mit aufzunehmen. Dies gilt jedoch nur im Zusammenhang mit der Fassadenerneuerung. Zusätzlich werden auch Schaufensterumgestaltungen im Rahmen von Privatmaßnahmen förderfähig erklärt. Die Gestaltungssatzung wird dementsprechend geändert. Die Förderkriterien sind noch näher festzulegen. Die Möglichkeit eines Schaufensterwettbewerbs zusammen mit dem Stadtmarketingverein ist zu überprüfen.

Die Ansätze bleiben vorerst so bestehen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 7 bleiben unverändert.

B. Einzelplan 8

a) Hst. 8171.3300 – Abfindung für Verzicht auf Erwerb der Thüga-Anteile

Die KIK-Stadtratsgruppe wünscht sich eine Auskunft zur Übernahme der Steueranteile durch die Thüga beim Verzicht auf den Anteilserwerb.

Die CSU-Stadtratsfraktion fordert, dass die Thüga-Anteile zur Schuldentilgung verwendet werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass derzeit die Prüfung beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes noch läuft. Bei positiven Ausgang wird die Stadt verlangen, dass neben der Abfindungssumme auch die evtl. Steuerlast von Thüga zu tragen ist. Im Investitionsprogramm für 2005 dient der Erlös von 400.000,00 € ausschließlich dazu, anstelle einer zwingenden erforderlichen Kreditaufnahme von 1,5 Mio. € nur 1,1 Mio. € Kredit aufnehmen zu müssen. Somit kommt dies einer Tilgung gleich.

Hiervon wird Kenntnis genommen. Der Ansatz bei o. g. Haushaltstelle bleibt unverändert.

b) Hst. 8800.3406 – Ersatz der Bayerischen Versicherungskammer

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass sich aufgrund der Nachberechnung des Bauamtes bei dieser Haushaltsstelle der Ersatz der Versicherungskammer auf 215.000,00 € erhöht hat. Der Haushaltsansatz des Jahres 2005 wurde dementsprechend aufgestockt.

Hiervon wird wohlwollend Kenntnis genommen.

c) Hst. 8800.9409 – Rest für Abbruch- und Aufräumkosten Obere Bachgasse

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass der Ansatz im Jahr 2005 auf 0,00 € gestellt werden muss. Die 7.500,00 € von dieser Haushaltsstelle werden auf einer neugebildeten Haushaltsstelle (8800.9410) umgesetzt. Hier ergibt sich aufgrund Anpassungsarbeiten eine Mehrung von 2.500,00 €, so dass im Jahr 2005 der Ansatz bei der Hst. 8800.9410 10.000,00 € beträgt.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

d) Hst. 8800.9870 – Zuschuss für Gebäudesanierung; Obere Bachgasse 26

Stadträtin Dr. Endres-Paul möchte wissen, weshalb die 123.000,00 € in diesem Jahr bereits eingestellt worden sind.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass entsprechend der Beschlusslage aufgrund eines Interessenten an diesem Objekt, die Sanierung von der Stadt Kitzingen bezuschusst würde. Im gleichen Zug erhält die Stadt Kitzingen dann einen Verkaufserlös aus dem Wert des Grundstücks (Hst. 8800.3402) von 73.500,00 €.

Hiervon wird Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

e) Hst. 8802.9451 – Schlichtwohnungen

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass der Ansatz von 5.000,00 € bei o. g. Haushaltsstelle auf den Ansatz der Hst. 4351.9451 (Obdachlosenwohnungen) umgesetzt werden musste.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 8 bleiben unverändert.

C. Einzelplan 9

a) Hst. 9101.3100 und 9101.9100 – Rücklagen

Hinsichtlich der Rücklagen teilt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer mit, dass sich die bisherigen Ansätze aufgrund der Beratung vom 01.03.05 und der heutigen Sitzung verändert haben. Diese werden in die Änderungsliste eingearbeitet werden und den

Fraktionen bzw. Gruppen rechtzeitig vor der Haushaltsverabschiedung in der endgültigen Höhe mitgeteilt.

Hiermit besteht Einverständnis.

b) Hst. 9121.3756 - 3776 bis 9121 9756 – 9776 – Kredite und Tilgung

Es besteht auch hier auf Mitteilung von Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer Einverständnis damit, aufgrund der Änderung der vorgehenden Beratungen die Kredite und Tilgung dementsprechend in die Änderungsliste einzuarbeiten.

c) Hst. 9161.3000 und 9161.9000 – Zuführung zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt weiterhin mit, dass sich infolge der Beratungen ebenso die Zuführungen zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt geändert haben. Die Zahlen werden nach Einarbeitung in die Änderungsliste den Stadträten vorgelegt.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 9 bleiben unverändert.

D. Allgemeine Anfragen

a) Anfragen der CSU, UsW und FBW zu Bodenmanagement, Professionelles Vermarktungsmanagement

Die Anträge der CSU und UsW Stadtratsfraktionen beinhalten, dass im den o. g. Bereichen effizienter gearbeitet werden muss um den wirtschaftlichen Bereich der Stadt Kitzingen vorantreiben zu können. Zudem ist ihnen die Vermarktung der Bau- und Gewerbegebiete ein großes Anliegen.

Von den Stellungnahmen der Finanzverwaltung wird Kenntnis genommen. Berufsmäßiger Stadtrat Groß erläutert kurz, dass dahingehend bereits erste Vorbereitungen angelaufen sind und er diese auch für dringend notwendig hält. Er hält es für sinnvoll eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe zu bilden, wobei die Federführung bei ihm liegen sollte.

Amtsrat Teichmann stellt daraufhin ausführlich ein Marketing-Konzept vor. Er hält es für sinnvoll, dies in einem Workshop gemeinsam mit den Fraktionen und Gruppen sowie den weiteren Bürgermeistern zu konkretisieren.

Die Vorstellung des Konzepts wird von den Stadträten wohlwollend aufgenommen. Stadtrat Müller wünscht sich bei der Durchführung der verschiedenen Punkte einen Zeitplan, damit die Umsetzung zeitnah geschieht.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß macht daraufhin den Vorschlag, sich am 14.03.2005 im Sitzungssaal zu einem Workshop zusammen zu finden, um die Eckpunkte gemeinsam festlegen zu können.

Hiermit besteht Einverständnis.

b) Anfrage der CSU bezüglich der Erschließungskosten

Die CSU-Fraktion fordert bis Ende Mai die Kalkulation für die Erschließungskosten der Baugebiete Hammerstiel, Großlangheimer Straße und Buddental vorzulegen.

Nach der Vorlage soll der Stadtrat über das weitere Verfahren entscheiden.

Oberbürgermeister Moser teilt hierzu mit, dass in der Sitzung vom 01.03.2005 von Berufsmäßigen Stadtrat Groß die Vorlage der verschiedenen Kalkulationen bis Ende Mai zugesichert worden ist.

Hiermit, sowie über die Stellungnahme der Verwaltung, besteht Einverständnis.

c) Antrag der UsW-Fraktion zum Bereich Wirtschaftsförderung

Die UsW-Stadtratsfraktion möchte, dass in diesem Bereich mehr gemacht wird und bittet hierzu ebenso den Referenten für Industrie und Wirtschaftsfragen miteinzubeziehen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß nimmt kurz dazu Stellung und verweist auf die Tischvorlage, in der als Anlage Formblätter der Verwaltung beigelegt sind, die im Bereich Wirtschaftsförderung benutzt werden. Er weist jedoch darauf hin, dass bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage im Bereich Wirtschaftsförderung wenig Anträge bzw. Anfragen eingehen.

Stadtrat Müller bittet nochmals, den Referenten hierfür miteinzubeziehen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß sagt dies zu.

d) Anfrage der UsW; Anpassung der Standards bei Erschließungsmaßnahmen

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erläutert hierzu kurz die Vorgehensweise bei der Durchführung der „Bayerngrund“. Da diese bei der Vergabe Nachverhandlungen führen darf, werden die Kosten dadurch evtl. insgesamt gesenkt werden können, was sich im Nachgang wieder auf die Erschließungskosten auswirken würde.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erläutert, dass der Stadtrat mit der Aufstellung eines Bebauungsplans die Ausbaustandards in gewisser Weise festlegt. Er weist zudem darauf hin, dass man gegenüber dem Bürger durch Richtlinien teilweise verpflichtet ist, bestimmte Standards umzusetzen.

Stadtrat Müller ist der Auffassung (Grundgedanke des Antrags), dass durch die Erschließung verteuerte Grundstücke nur schlecht vermarktet werden können.

Es entsteht eine Diskussion zu den Ausbaustandards und wie man die Erschließungskosten dadurch gering halten könnte.

Stadtrat Schmidt führt an, dass bereits beim Grundstückskauf die Frage der Ausbaustandards beginnt, erst bei den Auftragsvergaben über Einsparungen nachzudenken ist nicht sinnvoll.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass diese Diskussion bereits des Öfteren geführt worden ist und diese Punkte bekannt sind. Er stellt fest, dass in Zukunft bei der Planung eines Baugebietes bereits frühzeitig über die Erschließung und die Standards nachgedacht wird um Kosten zu sparen und somit die Grundstücke vermarkten zu können.

e) Anträge der SPD und FBW zu Verschiebung von Kanalbaumaßnahmen bzw. Straßenbaumaßnahmen nach ihrer Dringlichkeit.

Oberbürgermeister Moser teilt hierzu mit, dass im Zuge der Beratungen dieser Anträge abgearbeitet worden sind.

f) Antrag der FBW Fraktion; Verkauf von Städtischen Wohnungen und Wohnungen der Bau GmbH

Die FBW-Fraktion stellt den Antrag zum Verkauf von Städtischen Wohnungen und Wohnungen der BauGmbH, um somit zunächst Verwaltungsaufwand und Kosten sparen zu können. Zudem erhält man durch den Verkauf der Wohnungen Einnahmen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer als Geschäftsführer der BauGmbH hält den Teilverkauf von Wohnungen nicht für richtig. Ein Verkauf wäre nur dann sinnvoll, wenn dies im vollem Umfang geschehen wird, da sonst die alten und unverkäuflichen Restbestände vollkommen unwirtschaftlich verwaltet werden müssten.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass der Stadtrat das falsche Organ ist. Er sichert zu, dass diese Angelegenheit zunächst im Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung der BauGmbH angesprochen wird. Er hält eine Teilveräußerung ebenfalls für nicht zielführend.

Mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters besteht Einverständnis.

g) Antrag von Stadtrat Popp; Photovoltaikanlage auf Städtischen Gebäuden

Stadtrat Popp möchte wissen, inwieweit sein Antrag zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Städtischen Dächern geprüft worden ist.

Dipl. – Ing. Rützel teilt mit, dass die Prüfung der Städt. Dächer durchgeführt worden ist und es beim Städtischen Bauhof als Probebeispiel näher behandelt wurde.

Eine Installation würde in einem Kostenrahmen von ca. 350.000,00 € liegen.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass hierdurch die LKW Einnahmeausfälle hätte und dies nur in Absprache mit der LKW geschehen könnte.

Die Stadträte unterstützen den Antrag, auch wenn die Kosten zur jetzigen Haushaltslage verhältnismäßig hoch erscheinen.

Stadtrat Schmidt macht den Vorschlag, in dieser Sitzung keine Entscheidung zutreffen und lediglich bei drei Gebäuden (Städtischen Bauhof, Siedlungsschule und Kindergarten Alemannenstraße) die Prüfung vorzunehmen, auch um zusehen, welchen Kostenrahmen dies umfasst.

Hiermit besteht soweit Einverständnis.

Ohne Abstimmung

Die Verwaltung wird beauftragt die Prüfung beim Städtischen Bauhof, der Siedlungsschule und dem Kindergarten Alemannenstraße zur Errichtung einer Photovoltaikanlage durchzuführen. Dies soll in Absprache mit der LKW geschehen. Haushaltsmittel sind vorerst nicht aufzunehmen.

h) Anfrage von Stadträtin Wallrapp zu Hst. 7621.9401 – Projektberatung Stadthalle

Zur Diskussion von den Haushaltsberatungen vom 01.03.2005 stellt Stadträtin Wallrapp die Behauptung auf, dass die Durchführung des Interessebekundungsverfahrens in der Sitzung vom 22.03.04 bereits beschlossen worden ist.

Oberbürgermeister Moser ist der Auffassung, dass dahingehend keine Beschluss gefasst worden ist, sagt aber einer Prüfung zu.

Oberbürgermeister Moser unterbricht die Sitzung von 18.40 bis 18.50 Uhr.

2. Beratung des Verwaltungshaushaltes 2005

A. Budgetfestsetzung für 2005:

- UA 0000 Oberste Gemeindeorgane
- UA 0201 Hauptverwaltung
- UA 0600 Allgemeine Verwaltung
- Reinigungsmittel
- Versicherungen

a) Amtsrat Hartner geht auf den Sachverhalt ein. Auf Antrag von Stadträtin Dr. Endres-Paul hat er bei den o. g. Unterabschnitten (mit Ausnahme der Versicherungen) das Kürzungsszenario von 3, 6 bzw. 9 % aufgeführt. Da es sich bei diesen Unterabschnitten überwiegend um Pflichtaufgaben handelt, hält er eine Kürzung für sehr problematisch. Er weist darauf hin, dass man den Standard bei den Empfängen aufgrund einer Kürzung von 16.000,00 auf 12.000,00 € (Feier, Geschenke, Ehrungen) sehr gesenkt habe. Eine weitere Senkung würde kein gutes Bild nach außen darstellen und das Ansehen der Stadt Kitzingen beeinträchtigen. Er bittet eine Kürzung mit dem nötigen Augenmaß vorzunehmen.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass die Ansätze der Haushaltstellen seit 10 Jahren nicht erhöht worden sind und im Hauptamt im vergangenen Jahr eine halbe Stelle eingespart worden ist. Seiner Auffassung kann das Budget in der vorgetragenen Form ohne Kürzung beschlossen werden.

b) **Mit 20 : 1 Stimmen**

1. UA 0000 Oberste Gemeindeorgane

Die Budgetsumme für den UA 0000 wird mit 195.410 € festgesetzt.

Dies setzt sich wie folgt zusammen:	Ausgaben	234.720 €
	Einnahmen	39.310 €

2. UA 0201 Hauptverwaltung

Die Budgetsumme für den UA 0201 wird mit 335.190 € festgesetzt.

Dies setzt sich wie folgt zusammen:	Ausgaben	366.400 €
	Einnahmen	31.210 €

3. UA 0600 Allgemeine Verwaltung

Die Budgetsumme für den UA 0600 wird mit 352.450 € festgesetzt.

Dies setzt sich wie folgt zusammen:	Ausgaben	365.450 €
	Einnahmen	13.000 €

4. Reinigungsmittel

Die Budgetsumme für den UA Reinigungsmittel wird mit 9.200 € festgesetzt.

5. Versicherungen

Die Budgetsumme für den UA Versicherungen wird mit 135.835 € festgesetzt.

B. Budgetierung:

Festlegung der Höhe der Budgetüberträge (Grundsatzbeschluss)

- a) Amtsärztin Erdel geht auf den Sachverhalt ein und teilt mit, dass eine Übertragung von lediglich 50 % nicht sinnvoll ist, da bei den Einrichtungen der Anreiz auf Ansparungen zugunsten der Folgejahre reduziert wird. Die Verwaltung ist der Auffassung, die Budgetüberträge auf 70 % festzulegen.

b) Mit 21 : 1 Stimmen

Die positiven Budgetüberträge werden ab dem Haushaltsjahr 2005 zu 70 % auf das Folgejahr übertragen.

Negative Betriebsergebnisse werden weiterhin in voller Höhe vorgetragen.

- c) Von der SPD-Fraktion ergeht der Antrag, dass die Budgetierten Einrichtungen zunächst eine Kürzung von 30 % hinnehmen müssen, aber in den Folgejahren die Ansparungen zu 100 % übernehmen dürfen. Diese gezielten Einsparungen dürfen sie nicht nur im Verwaltungshaushalt sondern auch für Investitionen benutzen. Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene findet diese Vorgehensweise zur Entlastung des Haushaltes für sinnvoll.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer unterstützt diesen Vorschlag.

d) Mit 22 : 0 Stimmen

Gezielte Ansparungen für Investitionen unterliegen ab dem 2. Jahr nicht der 70/30 Regelung, sondern werden im vollem Umfang weiterübertragen.

C. Einzelne Fragen/Anträge zum Verwaltungshaushalt

a) Hinweis von Stadtrat Heisel bezüglich „1. Hilfe Kosten“

Stadtrat Heisel teilt mit, dass bei allen Schulen aufgrund einer neuen Verordnung der Bundesregierung die Mittel für die 1. Hilfe-Kurse gestrichen werden können. Diese werden nun komplett übernommen.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

b) Frage zu UA 0331 – Stadtkasse; Kasseneinnahme- und Kassenausgabereste

Stadträtin Wallrapp, möchte wissen, wo die Kasseneinnahme- und Kassenausgabereste aufgeführt sind, da sie im UA der Stadtkasse nicht zu finden sind. Sie wüsste gerne die Höhe der jeweiligen Reste.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass diese nicht im Haushalt sondern lediglich in der Jahresrechnung erscheinen und im Rechenschaftsbericht dann erläutert werden.

Amtsärztin Erdel teilt mit, dass die Reste nicht in einer Summe bei der Stadtkasse erscheinen, sondern jeder Posten wird einzeln bei der betreffenden Haushaltstelle aufgeführt. Sie sichert, falls gewünscht nähere Zahlen zu, da eine vorläufige Jahresrechnung vorliegt. Abschließend erläutert sie kurz die haushaltstechnische Vorgehensweise mit Kasseneinnahme bzw. Kassenausgaberesten.

c) Hinweis von Stadtrat Weiglein zu den Personalkennzahlen

Stadtrat Weiglein weist daraufhin, dass es zwei Stellen (Kommunale Gemeinschaftsstelle und Bertelsmannstiftung) gibt, die sich mit derartigen Kennzahlen befasst.

Amtsrat Hartner teilt mit, dass man in Richtung Kommunalen Gemeinschaftsstelle schon tätig geworden ist und die Anregung betreffend Bertelsmannstiftung notiert ist.

d) Hinweise von Stadtrat Heisel; Betriebsaufwand Sozialarbeiter

Stadtrat Heisel stellt fest, dass aufgrund eines Beschlusses des Landratsamtes ab 2006 keine Mittel für den Betriebsaufwand des Sozialarbeiters an der Hauptschule Siedlung eingestellt worden sind. Er weist daraufhin, dass die Arbeit dahingehend weitergeführt werden wird und bittet dies für das Jahr 2006 zu beachten.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

e) Einzelplan 7 – Bestattungswesen

Stadtrat Müller möchte wissen weshalb die Ausgaben bei den Friedhöfen von 2004 auf 2005 gestiegen sind.

Amtsärztin Erdel weist darauf hin, dass sich dieser Unterschied durch die gestiegenen Bauhofleistungen und die tarifliche Lohnsteigerung ergibt.

f) Hst. 3111.1771 – Städt. Archiv Spenden für laufende Zwecke

Stadtrat Müller möchte wissen, ob es sich bei der Spende im Jahr 2004 von 10.900,00 € um eine Einzelspende gehandelt hat, da in den Folgejahren der Ansatz jeweils 0,00 € beträgt.

Amtsärztin Erdel teilt mit, dass es sich hierbei um eine Einzelspende zur Veröffentlichung des Synagogenbuches handelt.

g) UA 4351 – Unterbringung Obdachlose

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, ob die Ansätze bei diesem Unterabschnitt richtig sind, da ihrer Auffassung nach die Stadt Kitzingen für die Unterbringung der Obdachlosen nicht zuständig ist.

Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel teilt mit, dass die Stadt Kitzingen weiterhin für die Obdachlosenunterbringung zuständig ist.

Amtsärztin Erdel stellt fest, dass die Unterbringung von Durchreisenden im Übernachtshaus nicht mehr die Aufgabe der Stadt Kitzingen ist und daher der Unterabschnitt 4350 hierfür gestrichen worden ist. Die Ansätze im Unterabschnitt 4351 beziehen sich auf die Obdachlosenwohnungen.

h) UA 6815 – Parkuhren/Parkgebühren

Stadtrat Weiglein bittet die Kosten festzustellen, wenn an einem Samstag im Monat im Stadtgebiet keine Parkgebühren erhoben werden.

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass diese Summe bereits grob ermittelt worden ist und diese habe man Herrn Sycha vom Stadtmarketingverein auch mitgeteilt.

i) UA 0601 – EDV

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, weshalb bei Hst. 0601.5622 im Rechnungsergebnis 2003 lediglich 5.000,00 € Kosten entstanden sind und nun für jedes Jahr 9.000,00 € eingesetzt werden.

Amtsärztin Erdel erwidert, dass die 5.000,00 € vom Jahr 2003 zusätzlich zu den 9.000,00 € aufgrund der erforderlichen Schulungen für das neue Personalabrechnungsprogramms angefallen sind. Ansonsten ist der Ansatz von 9.000,00 € zur Schulung der Mitarbeiter gedacht.

Stadträtin Wallrapp möchte zudem wissen, ob die Kosten der Schulung bei budgetierten Einrichtungen auf diese umgelegt werden.

Amtsärztin Erdel erklärt, dass diese teils schon umgelegt werden und für die restlichen Budgets die Fortbildungskosten Zug um Zug ebenfalls eingearbeitet werden.

Zudem möchte Stadträtin Wallrapp zu Hst. 0601.6327 wissen, ob es hierzu auch Einnahmen für die Stadt Kitzingen durch den Internetauftritt gibt. Ihrer Erinnerung nach, sollten sich die Kosten hierbei ausgleichen.

Amtsärztin Erdel erklärt, dass ihrer Auffassung nach die Einnahmen komplett bei PCS verbleiben, im Gegenzug der Ansatz bei o. g. Haushaltsstelle immer gleich ist.

Amtsrat Hartner schlägt vor, dass Herr Zürrlein hierüber im der Finanzausschusssitzung am 10.03.2005 berichten kann, da er als Berichterstatter zu einem Tagesordnungspunkt anwesend sein wird.

Hiermit besteht Einverständnis.

j) Hst. 7920.1720 – Anrufsammeltaxi Zuweisung für laufende Zwecke

Stadtrat Müller möchte wissen, ob sich der Unterschied der Zuwendung vom Landratsamt zwischen 2004 und 2005 aufgrund der zurückgegangenen Fahrten ergibt.

Amtsärztin Erdel teilt mit, dass in den Jahren 2003 und 2004 beim Landratsamt zusätzliche Mittel für den Öffentlichen Personen Nahverkehr zur Verfügung standen und somit eine Förderung von 66 % gewährt wurde. Das war jedoch eine einmalige Angelegenheit, worauf die Zuwendung sich nun wieder auf 33 % reduziert hat.

k) Hst. 0201.4150 – Arbeiterlöhne

Stadträtin Wallrapp möchte die Steigerung der Arbeiterlöhne von 2004 in 2005 erklärt wissen.

Amtsärztin Erdel erklärt, dass hier eine weitere Amtsbotenstelle geschaffen wurde, nachdem im Zuge des Problaus von Main-Post-Logistik ein Amtsbote in die Kläranlage gewechselt ist.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 19.40 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführer
gez.
Müller